

60. Abgeordnete

Leni Breymaier
(SPD)

Wie viele Anträge auf finanzielle oder wirtschaftliche Unterstützung oder Bezuschussung haben die Bundesregierung oder die von ihr oder einer Landesregierung im Zuge der Corona-Krise beauftragten Institutionen/Behörden seit der Schließung von Prostitutionsstätten, Bordellen und ähnlichen Einrichtungen erhalten, und mit welcher Höhe wurde bisher Geld ausgezahlt bzw. genehmigt (bitte jeweils nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum vom 14. Mai 2020

Das Programm Corona-Soforthilfen des Bundes für kleine Unternehmen und Soloselbstständige wird durch die Länder ausgeführt. Bei Antragstellung werden die Branchen abgefragt, welche sich am Unternehmensregister orientieren, u. a. „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“. Prostitution und ähnliche Dienstleistungen werden nicht gesondert erfasst. Daher kann eine Aussage zu der Anzahl der Anträge in der angefragten Branche nicht getroffen werden.

61. Abgeordnete

Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) über die von der UN-Unterstützungsmission für Libyen (UNSMIL) verzeichneten massiven Verstöße gegen das Waffenembargo gegen Libyen durch die von der amtierenden UN-Sonderbeauftragten für Libyen, Stephanie Williams, ausdrücklich als „regionale Brandstifter“ primär benannten Staaten Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate, die das nordafrikanische Kriegsgebiet inzwischen als „Experimentierfeld“ für neue Waffen nutzen (dpa vom 26. April 2020), und in welcher Höhe wurden seit dem 20. Januar 2020 bis dato Anträge (Einzelgenehmigungen und Ablehnungen) auf Ausfuhr von Rüstungsgütern (getrennt nach Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern) an die am Libyen-Krieg beteiligten Länder (Türkei, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Jordanien, Katar) beschieden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 60 Bundestagsdrucksache 19/17175)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum vom 13. Mai 2020

Bei den Angaben zu den Genehmigungswerten handelt es sich um vorläufige Angaben, die sich durch Nachbesserungen und Fehlerkorrekturen noch verändern können.

Die Bundesregierung verweist auf den Bericht des Panel of Experts on Libya der Vereinten Nationen, veröffentlicht am 9. Dezember 2019 und abrufbar unter <https://undocs.org/S/2019/914>.

Die Werte der für Ausfuhren von Rüstungsgütern in die angefragten Länder im Zeitraum vom 20. Januar bis zum 3. Mai 2020 erteilten Genehmigungen lauten wie folgt:

<i>Land</i>	<i>Kriegswaffen</i> <i>Wert in Euro</i>	<i>Sonstige</i> <i>Rüstungsgüter</i> <i>Wert in Euro</i>
Ägypten	290.608.000	17.607.983
Jordanien	0	13.767
Katar	1.481.400	41.395.297
Türkei	0	15.069.477
Vereinigte Arabische Emirate	0	7.729.132
Gesamt	292.089.400	81.815.656

Im Zeitraum 20. Januar bis 3. Mai 2020 wurden für die angefragten Länder keine Ablehnungen erteilt.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass diese Auskunft zu den erteilten Ausfuhrgenehmigungen keine Aussage zur Beteiligung der in der Frage aufgezählten Länder am Libyen-Konflikt darstellt.

62. Abgeordnete **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.) Welche Projekte wurden im Rahmen der Strategie Intelligente Vernetzung des Bundeswirtschaftsministeriums gefördert, und wie hoch waren jeweils die Fördersummen der einzelnen Projekte (bitte die 14 größten Projekte mit Fördersumme benennen)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum vom 14. Mai 2020

Mit der Strategie Intelligente Vernetzung hat die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode eine Reihe digitalpolitischer Maßnahmen unterstützt bzw. auf den Weg gebracht (siehe www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/Intelligente-Vernetzung/strategie-intelligente-vernetzung.pdf?__blob=publicationFile&v=3).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Rahmen der Strategie Intelligente Vernetzung folgende Maßnahmen mit den angegebenen Fördersummen gefördert:

- 133 T Euro an AAL-Netzwerk Saar e. V. für „Modellregion INVI-SA“;
- 198 T Euro an Metropolregion Rhein Neckar GmbH sowie 105 T Euro an Verband Region Rhein-Neckar KdöR (VRRN) für „Modellregion Rhein Neckar“;
- 137 T Euro an das Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK), Rahmenbedingungen für die Gigabitwelt 2025+ (RaGiga);
- 118 T Euro an WIK, Gigabitnetze für Deutschland;